

**Weimar**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
 EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
 ADENAUER-STIFTUNG  
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Wie viel Vertrauen braucht ein demokratisches Gemeinwesen? Welche Rolle spielen dabei die Freien Berufe?

FESTVERANSTALTUNG ANLÄSSLICH DES 20-JÄHRIGEN BESTEHENS DES LANDES-  
 VERBANDS DER FREIEN BERUFE THÜRINGEN E.V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Einladung, der ich gerne gefolgt bin!

Ich gratuliere dem Landesverband der Freien Berufe Thüringens und allen seinen Mitgliedern zum 20-jährigen Bestehen.

Dieses Jubiläum ist ein willkommener Anlass, den LFB Thüringen zu würdigen und ihm für seine Arbeit zu danken.

Ihre Arbeit hat in den vergangenen zwanzig Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, dass unser Freistaat nach 1989 einen guten und erfolgreichen Weg beschritten hat und sich – in freundschaftlichem Wettstreit mit Sachsen – in vielen Bereichen unter den jungen Ländern den ersten Platz sichern konnte.

Seit vielen Jahren ist z. B. die Arbeitslosigkeit in Thüringen niedriger als in den anderen jungen Ländern.

Der Umbau der sozialistischen Plan- zur Sozialen Marktwirtschaft ist auch für die Freien Berufe erfolgreich verlaufen. Für die jungen Länder haben die Freien Berufe in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass der wirtschaftliche wie auch der gesellschaftliche Anpassungs- und Aufholprozess trotz vieler Hindernisse und schwieriger Rahmenbedingungen zu einem Erfolg geworden ist.

Auch wenn wir erfahren mussten, das Umbau schwieriger sein kann als Neubau!

Dank der Freien Berufe konnten in kürzester Zeit hochqualifizierte Dienstleistungen angeboten und eine große Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen geschaffen werden. Die Aussicht auf Selbstbestimmung, auf Autonomie ließ die Selbständigenquote in Thüringen kontinuierlich anwachsen. Man denke bitte: von 1,8 Prozent 1989 auf 10,2 Prozent 2009. Bundesweit liegt sie bei 10,7 Prozent. Der Mittelstand und insbesondere die Freien Berufe haben es geschafft, dass sie nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der Krise von 2009 hervorgegangen sind. Die Deutschen schätzen die wirtschaftliche Situation des Mittelstandes zurzeit erfreulich optimistisch ein.

Allerdings wuchs mit der unternehmerischen Freiheit auch die unternehmerische Verantwortung. Ihr haben sich die Angehörigen der Freien Berufe in vorbildhafter Weise gestellt – mit Pioniergeist und Kreativität, mit persönlichem Engagement und Leistung, unter Inkaufnahme zum Teil sehr hoher eigener Risiken.

Die Menschen im Freistaat können wieder auf die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Freien Berufe vertrauen – als Patient, als Mandant, als Auftraggeber und Kunde. Ärzte und Apotheker, Rechtsanwälte und Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Architekten und In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

genieure, alle weiteren Angehörigen der Freien Berufe – verzeihen Sie mir, wenn ich nicht alle aufzähle, doch es sind zu viele – rechtfertigen dieses Vertrauen durch verantwortungsvolles Handeln.

Vertrauen ist auch das Thema des Vortrages, um den Sie mich gebeten haben. Ein in der Tat „überaus wichtiges und aktuelles“ Thema, wie Sie, verehrter Herr Präsident Rudat, in Ihrer Einladung zu dieser Festveranstaltung angemerkt haben: „Wie viel Vertrauen braucht ein demokratisches Gemeinwesen?“ Und: „Welche Rolle spielen dabei die Freien Berufe?“

„Man [kann] einen Menschen nur dann gewinnen [...], wenn man ihm Vertrauen zeigt [...].“ (Konrad Adenauer)

Vertrauen heißt, sich auf jemanden verlassen zu können. Wer jemandem vertraut, der nimmt an, dass die eigenen Erwartungen erfüllt werden.

Damit wird keineswegs das Sprichwort in Frage gestellt: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Jemandem zu vertrauen bedeutet, das Risiko einzugehen, dass das geschenkte Vertrauen womöglich ausgenutzt, dass man hintergangen wird. Die Abwägung zwischen den Vorteilen, die man erwartet, wenn man Vertrauen gibt, und den möglichen Risiken enttäuscht zu werden, ist von entscheidender Bedeutung.

Wer jemandem Vertrauen schenkt, der wird dies in der Regel nur auf Grundlage weitgehend übereinstimmender Wert- und Moralvorstellungen tun. Weichen diese voneinander ab, fehlt die Basis für Vertrauen.

Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Authentizität schaffen die notwendige Vertrauensbasis. Nur wer ehrlich ist, loyal und standfest, gewissenhaft und ordentlich handelt, wer kein falsches Spiel spielt, sich nicht hinter einer Maske versteckt, wer sich nicht verstellt, dem wird Vertrauen entgegengebracht. Nur wer nicht tut, was man nicht tut, verdient Vertrauen!

Für den Soziologen ist Vertrauen das Fundament aller sozialen Beziehungen, die Grundlage des sozialen Zusammenhalts.

„Der Mensch“, so Niklas Luhmann – einer der bedeutenden deutschen Soziologen des 20. Jahrhunderts – habe „zwar in vielen Situationen die Wahl, ob er [...] Vertrauen schenken will oder nicht. Ohne jegliches Vertrauen aber könnte er morgens sein Bett nicht verlassen. Unbestimmte Angst, lähmendes Entsetzen befiele ihn.“ Vertrauen ist ein „ein elementarer Tatbestand des sozialen Lebens“.

Vertrauen entsteht zuerst im persönlichen, im zwischenmenschlichen Bereich; in der Kindheit, in Erziehung, Schule, Ausbildung, Arbeit; in der Familie, im Freundeskreis, in Beziehungen, in der Ehe. Dort, wo man andere Personen kennt oder kennenlernt, ihr Verhalten beobachten kann, man interagiert, lernt der Mensch, wie Vertrauensbildung funktioniert. Hier werden die Grundlagen gelegt, um über den persönlichen Bereich hinaus, auch im öffentlichen – im sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen, vor allem auch im politischen Bereich – Vertrauen zu bilden.

Vertrauensbildung im persönlichen und öffentlichen Bereich ist eng miteinander verknüpft: Entscheidungen im persönlichen Bereich – in der Familie, der Ehe, zwischen Freunden – sind ohne Vertrauen nicht möglich. Gleiches gilt wenn nicht in noch höherem Maß für den wesentlich komplexeren öffentlichen Bereich. Und in ganz besonderer Weise gilt es für die Politik.

Politik braucht die Kenntnis und die Erfahrung der Vergangenheit, aber sie ist auf die Gegenwart und vor allem auf die Zukunft gerichtet. Und die Zukunft ist in der Regel ungewiss, die Zukunft ist ein Risiko. Um Risiko und Ungewissheit möglichst gering zu halten, lässt sich auf Vorhandenes, auf Vertrautes zurückgreifen – auf aus der Vergangenheit Gelerntes. Doch reicht das nur selten aus. Politische Sachverhalte und Entscheidungen werden zunehmend vielschichtiger und komplizierter, zum Teil unübersichtlicher und weniger durchschaubar; Ungewissheiten und Risiken nehmen zu. An die

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL

EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Stelle des Rückgriffs auf Vertrautes tritt dann der Vorgriff auf Vertrauen. (Hans Mayer)

Nur wer sich auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verlassen kann, kann die für die Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens notwendigen Entschlüsse und Entscheidungen treffen. Politik braucht Vertrauen. Niklas Luhmann hat das auf die Formel gebracht: „Wer Vertrauen erweist, nimmt Zukunft vorweg. Er handelt so, als ob er der Zukunft sicher wäre.“

Wir alle wissen, an diesem Vertrauen und dieser Zukunftssicherheit fehlt es heute vielerorts.

Schon ein Blick auf die Schlagzeilen reicht, um festzustellen, dass wir augenscheinlich eine vielfältige Vertrauenskrise haben. Allenthalben wird konstatiert, dass Vertrauen schwindet, wenn nicht erschüttert ist – in Politik und Staat, Parteien, Regierung und Politiker, aber auch in die Wirtschaft, in Banken und Banker, Unternehmen und Manager, auch in Gewerkschaften und Kirchen.

Nur das Vertrauen in die Justiz und vor allem in das Bundesverfassungsgericht ist erfreulich hoch. Auch in Universitäten und Hochschulen, in Stadt- und Gemeindeverwaltungen. Laut des Vertrauensindex der Gesellschaft für Konsumforschung (Juni 2010) setzen die Menschen besonders großes Vertrauen in Feuerwehr und Polizei, in Richter und die Bundeswehr – in Ärzte und Rechtsanwälte. Die letzten Plätze aber teilen sich die Politiker und inzwischen auch die Banker mit den Maklern.

Wir wissen aus Umfragen, dass die Deutschen weit überwiegend der Staatsidee der Demokratie zustimmen. Laut ARD DeutschlandTREND vom Juli 2010 halten 89 Prozent der Deutschen die Demokratie für eine gute und nur 9 Prozent für eine schlechte Regierungsform. Wir leben in einem gefestigten, freiheitlichen und demokratischen Deutschland mit einer Verfassung, dem Grundgesetz, um die uns die Welt beneidet. Das ist unser großes Vertrauenskapital. Wir wissen aber auch, dass die Befragten sich weit skeptischer äußern, wenn gefragt wird, wie

gut die Demokratie in Deutschland funktioniert.

Gegenüber der Politik, den Politikern und den politischen Parteien herrscht Misstrauen. Politik- und Politikverdrossenheit sind an der Tagesordnung. Rückläufige Mitgliederzahlen der Parteien, schwindende Wähleranteile der Volksparteien, sinkende Wahlbeteiligung, Veränderungen im Wahlverhalten, die Radikalisierung der politischen Ränder – all das sind Folgen und Ausdruck dieser politischen Vertrauenskrise.

Neu ist der Hintergrund, vor dem diese Entwicklungen stattfinden. Wir leben in Zeiten des Umbruchs und immer größerer nationaler und internationaler Herausforderungen, die für viele einen Verlust an Zukunftsgewissheit mit sich bringen: der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft; der Arbeitsmarkt, der trotz positiver Entwicklungen nach wie vor unsere volle Aufmerksamkeit braucht; unsere Sozialsysteme, die dringend notwendige Reformen bedürfen; Demographie, Bildung, Integration, Klimaschutz und Energiesicherheit; die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die Sorgen um den Euro; der Wandel in der arabischen Welt – eine lange Reihe neuer Herausforderungen, die sich fortsetzen ließe.

Der Bürger erwartet von der Politik Antworten und Lösungen. Die Menschen wollen wissen, nach welchen Grundsätzen die politisch Verantwortlichen die Zukunft gestalten wollen, die heute nur in Umrissen erkennbar ist. Sie wollen wissen, welcher Weg zu gehen ist und wo er hinführt. Sie wollen die Zukunftsziele kennen.

Wer langfristige Perspektiven benennen, wer ein Zukunftsbild unseres Landes entwerfen will, wer zu Zukunftsanstrengungen motivieren will, der muss seine Grundsätze und den Kern seiner Überzeugungen klar und trennscharf benennen. Er muss nachweisen, dass er über einen Kompass verfügt, der die Richtung angibt.

Tut die Politik, tun die Politiker und die Parteien das nicht, wird ihr Handeln beliebig. Dann darf es nicht verwundern, dass auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

das Wahlverhalten beliebig wird. Wer eine Partei nicht mehr wegen ihrer Grundausrichtung wählt, sondern weil sie diese oder jene Baustelle aufzumachen oder zu schließen verspricht, der wird ihr auf lange Sicht seine Unterstützung nicht geben.

Ich bin überzeugt, wir stehen vor einer Bewährungsprobe. Die Politik muss verlorengegangenes Vertrauen wieder herstellen, sie muss sich als handlungsfähig erweisen, sie darf nicht zulassen, dass die Menschen sich von ihr abwenden, weil sie der Politik nicht zutrauen, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Die Politik muss es schaffen, dass die Menschen ihr folgen.

Mehr als jede andere Staatsform, ist die Demokratie auf das Vertrauen ihrer Bürger angewiesen. Wir machen uns zu selten bewusst: Die Demokratie ist die anspruchsvollste, nicht die bequemste Staatsform. Vertrauen lässt sich nicht erzwingen. Politische Führung muss sie sich erarbeiten – so schwierig es unter Umständen auch ist. Nur dann ist es möglich, Politik zu gestalten.

Max Weber – der in Erfurt geborene große Soziologe des 20. Jahrhunderts – hat Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung von Politik genannt. Nur mit „Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß“ werde es gelingen, die Menschen zu begeistern, ihr Vertrauen in die Politik und in die Zukunft zu gewinnen.

Dazu gehört für mich, dass Politiker den Mut haben müssen, als richtig Erkanntes durchzusetzen, und nicht nur auf das zu hören, was auf der Straße gesagt wird, was Umfragen ermitteln. Selbstverständlich müssen sie wissen, was auf der Straße gesagt wird, aber sie müssen auch den Mut haben, Ziele zu formulieren und dafür zu werben. Dem Volk aufs Maul schauen ja – aber nicht dem Volk nach dem Munde reden!

Aber nicht allein in die Politik muss verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Auch in der Wirtschaft tut Vertrauen Not. Auf dem globalen Finanz- und Wirtschaftsmarkt ist Vertrauen die wichtigste Währung.

Die Exzesse der Finanzmarktkrise haben dieses Vertrauen leichtfertig aufs Spiel gesetzt und Zweifel an der Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems aufkommen lassen. Und ein Ende der Krise ist längst noch nicht in Sicht. Gegenwärtig besorgt uns die Stabilität des Euros und die Haushaltslage vieler EU-Mitgliedsstaaten.

Vieles ließe sich zur Weltfinanz- und Wirtschaftskrise sagen, ihre Ursachen, Wirkungen und Folgen. Leider reicht die Zeit dafür nicht aus, doch einen Aspekt will ich nennen, den ich mit Blick auf das Vertrauen als besonders wichtig erachte.

Was im Finanzwesen geschehen ist, war nicht die logische Konsequenz marktwirtschaftlichen Denkens, sondern geschah wider seinen Geist. Grundlegende ökonomische Gesetze wurden außer Acht gelassen. Der Markt hat nicht versagt, sondern im Gegenteil, er hat Fehlverhalten mit brachialer Gewalt ans Tageslicht befördert.

Mit Blick auf die teils abenteuerlichen Bilanzierungsgepflogenheiten mancher Banken zitiere ich § 238 des Handelsgesetzbuches: „Jeder Kaufmann ist verpflichtet, Bücher zu führen und in diesen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich zu machen. Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann.“

Ich erinnere an den Begriff des „Ehrbaren Kaufmanns“, an die alte Tradition ethisch verantwortlich handelnder Unternehmer. Der ehrbare Kaufmann soll, vertrauensvolle Beziehungen zu seinen Geschäftspartnern aufbauen: Durch Ehrlichkeit, Sparsamkeit, ökonomischen Weitblick, Ordnung, Fleiß.

Natürlich ist eine Krise nicht allein durch Leitsätze zu verhindern. Die überwiegende Mehrheit der Kaufleute ist fraglos ehrbar und vertrauenswürdig. Dennoch ist eine stärkere Verankerung des Begriffs des Ehrbaren Kaufmanns in der Öffentlichkeit von Nöten, um manchen Unternehmer und Ma-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL

EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nager zu einem anderen Verhalten zu bewegen und verlorengegangenes Vertrauen wieder herzustellen.

Über dreißig Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer deutscher Großunternehmen haben unlängst ein „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“ vorlegt, das ich Ihnen zur Lektüre empfehle.

Darin verpflichten sie sich mit konkreten Maßnahmen und anhand verlässlicher Standards dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Führungskräfte der Wirtschaft entgegenzuwirken.

„Mit dem Leitbild wollen wir als Führungskräfte deutscher Unternehmen ein Zeichen setzen: Als Führungskräfte haben wir eine besondere Vorbildfunktion. Wenn die Menschen uns nicht mehr als Vorbilder wahrnehmen, leidet das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und letztlich in die Demokratie.“ (Prof. Dr. Jürgen Strube, BASF-Ehrenaufsichtsratsvorsitzender)

Unter anderem auch die Chefs von Bayer, Bosch, VW, Telekom, Bertelsmann und Oetiker – sogar die Deutsche Bank und Josef Ackermann haben diese Leitsätze unterschrieben.

Ich weiß, auch Sie verfügen über ein Leitbild der Freien Berufe – zuletzt anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung Ihres Bundesverbandes fortgeschrieben – gleichwohl empfehle ich den zitierten Text auch Ihrer Lektüre.

Vertrauen der Menschen in die politisch und wirtschaftlich verantwortlich Handelnden, in politische Institutionen, Unternehmen und die Soziale Marktwirtschaft ist für unser Gemeinwesen unabdingbar.

Nur an andere Forderungen stellen, das reicht nicht aus! In sich und seine Fähigkeiten, muss der Bürger Vertrauen haben.

Die Menschen müssen wieder mehr Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten gewinnen. Sie müssen erkennen, dass es sich lohnt, durch eigene Leistung und harte Anstrengung, Wohlstand zu erwerben, zu si-

chern, zu vermehren. Und sie müssen sich wieder bewusst werden, dass staatliche Hilfe die Ausnahme und nicht die Regel sein soll. Wer auf staatliche Hilfe angewiesen ist, muss die Perspektive haben, aber auch die Bereitschaft zeigen, sich aus dieser Abhängigkeit wieder lösen zu können.

Die so gerne zitierte aktive Bürgergesellschaft beruht auf dem Leitbild eines Bürgers, der die Freiheit, der seine Freiheit als Verantwortung zu aktiver Teilnahme am Gemeinwesen und seiner Entwicklung begreift. Dienst zu tun für andere, ist Voraussetzung, dass unser Gemeinwesen funktioniert.

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin“, heißt es in Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“. Es ist ein selbstbewusster Mensch, den Erhard vor Augen hat. Arbeit und Erwerb gehören zu diesem Menschenbild. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, ist imstande, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Der Staat muss dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen. Nicht mehr und nicht weniger. Seine ordnungspolitische Aufgabe erfüllt der Staat dann, wenn er jedem ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht. Und wenn er denen, die – bspw. infolge einer Krankheit oder einer Behinderung – nicht für sich sorgen können, dennoch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Eine aktive Bürgergesellschaft erfordert einen Staat, der die Freiheit auf Basis des Rechts ermöglicht. Einen Staat, der seine Kräfte auf seine originären und traditionellen Aufgaben konzentriert; dessen Ziel nicht die nivellierende Umverteilung und die fürsorgliche Vorsorge, sondern die Chancengerechtigkeit und die Hilfe für Bedürftige und Schwache ist.

Wir brauchen einen starken Staat, keinen allgegenwärtigen, keinen allmächtigen Staat. Der Staat ist um der Menschen willen da, nicht die Menschen um des Staates willen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Im Kleinen, im Einsatz und Engagement der Menschen füreinander und für das Gemeinwesen zeigt sich das große Potential unseres bürgerlichen Gemeinwesens.

Solange dieses Fundament mit den sehr konkreten Formen des Zusammenlebens – ich nenne das Ehrenamt, soziales und kirchliches Engagement, Zusammenhalt in den örtlichen Gemeinschaften – nicht ins Wanken gerät, kann verlorenes Vertrauen auch für den Staat und seine Repräsentanten wieder zurückgewonnen werden.

Jeder Einzelne von uns muss seinen Beitrag dazu leisten, dass das für die Stabilität unseres Gemeinwesens notwendige Vertrauen existiert – in Politik und Wirtschaft, in Parteien und Unternehmen, in die Funktionsfähigkeit der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft, in die Fähigkeit und Bereitschaft aller Bürgerinnen und Bürger, sich für unser Gemeinwesen zu engagieren. Egal, ob Politiker, Unternehmer, Freiberufler oder „einfacher“ Bürger – jeder ist dazu aufgerufen, denn ohne Vertrauen wird unser Gemeinwesen keine Zukunft haben!

Sie, die Freiberufler, engagieren sich in ganz besonderer Weise für unser Gemeinwesen. Die Freien Berufe sind Ausdruck der Berufsfreiheit nach Artikel 12 unseres Grundgesetzes – und damit wiederum Ausdruck unseres freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens.

Sie erbringen Dienstleistungen von höchster Qualität, in Kernbereichen des öffentlichen Interesses: dem Gesundheitswesen, der Rechtssicherheit, der Sicherheit, der Sprache und der Kunst, gewährleistet durch hohe Anforderungen an die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ein System der gegenseitigen Prüfung und Überprüfung durch Angehörige derselben Berufsgruppe.

Sie erbringen ihre Leistungen nicht nur unmittelbar für den Einzelnen, sondern auch mittelbar für die Allgemeinheit.

Ärzte und Apotheker garantieren die öffentliche Gesundheitsvorsorge und sind zugleich Leistungsträger im Sinne der Seuchenprävention; Anwälte sind Organe der Rechts-

pflüge, die zugleich den Zugang zum Recht und zu ordnungsgemäßen Verfahrensabwicklungen garantieren; Architekten und Ingenieure sind Partner des Bauherren und zugleich Träger von Baukultur und Garanten für Bausicherheit; freie Kulturberufe sind Ausdruck künstlerischer Freiheit und Gestaltung, als auch Bestandteile der öffentlichen Kultur und Meinungsfreiheit.

Freie Berufe erfüllen einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag und schaffen Werte für unsere Gesellschaft. Ihr Selbstverständnis ist ein werteorientiertes Selbstverständnis.

Hoch spezialisiertes Wissen und Verlässlichkeit; nicht weisungsgebunden, sondern fachlich unabhängig arbeiten, in eigener Verantwortung, die nicht an andere, schon gar nicht an den Staat delegiert wird; eine effiziente und transparente Selbstverwaltung, die sich am Wohl der Gesellschaft orientiert; dem Menschen dienend, nicht dem Staat – all das sind weitere Kernelemente der Freien Berufe.

Und natürlich: Vertrauen. Der Schutz des persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Bürgern und den Freiberuflern ist eine der wesentlichen Säulen des freiberuflichen Arbeitsethos: Der Patient vertraut darauf, dass sein Arzt die für ihn wirkungsvollste Behandlungsmethode wählt; der Mandant, dass sein Anwalt ihm zu seinem Recht verhilft; der Bauherr, dass der Architekt sein Gebäude sicher und standfest plant.

Selbstverständlich erbringen Freiberufler ihre Dienstleistungen, um damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Aber sie erbringen mehr: Sie fühlen sich im wahren Wortsinn berufen, andere Menschen zu heilen, ihnen zu helfen, sie zu beraten, zu unterhalten oder zu informieren. Oder – um es im Sinne Luhmanns auszudrücken: mit der Komplexität des sozialen Lebens zurechtzukommen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, das immer komplexer werdende Leben der Bürgerinnen und Bürger ein Stück weit weniger kompliziert zu gestalten.

Die Freien Berufe sind Beleg dafür, wie Freiheit zur Verantwortung möglich ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Weimar

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. Mai 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Vertrauen ist das Fundament freiberuflicher Tätigkeit. Einer Umfrage des Instituts für Freie Berufe von 2008 zufolge stimmen der Aussage, dass der Schutz des persönlichen Vertrauensverhältnisses absolute Priorität hat, 99 Prozent aller Freiberufler ganz oder größtenteils zu. Die Freien Berufe sind schon darum ein Teil des Fundaments unseres Gemeinwesens.

Als Teil des Mittelstandes tragen die Freien Berufe entscheidend zu Wachstum und Beschäftigung bei: Deutschlandweit stellen sie 10,2 Prozent aller Erwerbstätigen, die rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften. (Stand: 2009) „Sie verkörpern einen wichtigen Teil des Geistes der Sozialen Marktwirtschaft. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass diese ein Erfolgsmodell ist.“ (Angela Merkel)

Wer dies zweifelsohne positive Bild der Lage der Freien Berufe beschreibt, darf gleichwohl nicht übersehen, dass auch Forderungen bestehen, um den hohen Stellenwert, den die Freiberuflichkeit für Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft hat, zu schützen und zu stärken.

Dazu gehört z. B. die Modernisierung der Gebühren- und Honorarordnungen – dazu zählt mit Blick auf die jungen Länder auch die Überwindung der Unterschiede im Vergleich zu den alten Ländern; die Vermeidung von Eingriffen in die Berufsgeheimnisse, die Verschwiegenheitspflichten von Ärzten, Anwälten oder Steuerberatern; eine mittelstandsorientierte Steuerpolitik, die vor allem auf Vereinfachungen setzt; und besonders Deregulierung und Bürokratieabbau, insbesondere im Zusammenhang mit Existenzgründungen.

Auf europäischer Ebene darf der fortschreitende Integrationsprozess nicht einhergehen mit einem Rückgang der Qualitätsstandards. Leistungs- und Qualitätswettbewerb sind zu fördern, wobei es auf ein ausgewogenes Verhältnis von Regulierung und Liberalisierung ankommt – was vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise besondere Aktualität genießt.

Staat und Politik müssen die Voraussetzungen schaffen, damit die in der Vergangenheit in und für Deutschland so wichtige und erfolgreiche Freiberuflichkeit in der Zukunft ihre Fortsetzung findet. Aber auch die Freien Berufe selbst, Sie, die Freiberufler im LFB Thüringen und den anderen Landesverbänden sowie dem Bundesverband der Freien Berufe, sind gefordert, sich aktiv in die notwendigen Entscheidungsprozesse auf nationaler und europäischer Ebene einzubringen.

Und so rufe ich Ihnen zu: Nehmen Sie Ihre Rolle für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft und auch für die Politik in der Zukunft so wahr, wie Sie es in der Vergangenheit getan haben.

Besinnen Sie sich auf Ihre Werte: auf Ihre Unabhängigkeit und Eigenverantwortung, Ihre Leistungsbereitschaft und Verlässlichkeit, Ihre Integrität und Ehrlichkeit, Ihre Orientierung am Wohl des Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes – und natürlich ganz besonders auf das Vertrauen, das Sie schaffen und das Sie schützen.

Thüringen und Deutschland braucht die Freien Berufe, unser Land und seine Bürger brauchen das Vertrauen, für das Sie als Freiberufler stehen!

Denn – um es mit den Worten Konrad Adenauers zu sagen – „Vertrauen [ist] die Grundlage [...] aller gemeinsamen Erfolge.“

Alles Gute für die nächsten Jahrzehnte!